

Katja Nagel, Die Provinz in Bewegung. Studentenunruhen in Heidelberg 1967 bis 1973 (Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. 13), Verlag Regionalkultur, Ubstadt-Weiher/Heidelberg etc. 2009, 448 S., kart., 24,80 €.

„Un pavé“, ein Pflasterstein, so nennt man im Französischen besonders umfangreiche Bücher. Zugleich ist „le pavé“ ein Symbol der 68er-Bewegung: „Unter dem Pflaster, der Strand!“ – „Sous les pavés, la plage“! Mit ihrer Studie über „Studentenunruhen in Heidelberg“ hat Katja Nagel einen 448 Seiten starken „pavé“ vorgelegt, in dem sie die „Provinz in Bewegung“ der Jahre 1967 bis 1973 rekonstruiert. Welchen Beitrag liefert ihre Studie mit dem Anspruch, durch den „Zugriff über die Regionalisierung eine stärkere Differenzierung unterhalb der nationalen Untersuchungsebene“ (S. 23) zu erreichen, für die Forschung zu 1968?

Vor einigen Jahren sind die Proteste in der „Provinz“ verstärkt in den Blick der universitären Forschung gerückt. Hierbei nahm Nagels 2009 in der Buchreihe der Stadt Heidelberg erschienene Studie, die zugleich ihre Dissertationsschrift ist, eine Vorreiterrolle ein. Als Untersuchungsgegenstand bietet sich die Universitätsstadt am Neckar aus mehreren Gründen an. Zum einen geht die Autorin davon aus, dass die Protestereignisse von „regionalen Sonderfaktoren“ geprägt waren, und sich daher ein Blick auf die „regionalen Abläufe“ und „Perzeptionen, Reaktionen und Strategien der lokalen Entscheidungsträger“ anbiete, um nach Problemen und angestoßenen Debatten zu fragen (S. 25). Heidelberg war zudem Sitz der US-Armee in Europa, was sowohl für die Protestakteure als auch für die „Gegenseite“ (S. 26) von strategischer Bedeutung war. Schließlich hätten, wie der Heidelberger Fall zeige, die protestierenden Studenten grundsätzliche Debatten über die Auslegung der Verfassung angestoßen. Auf Basis dieser Annahmen fragt die Autorin nach dem Zusammenhang zwischen regionaler und überregionaler Protestbewegung.

Anhand von drei „Orten“ – Straße, Gericht und Hörsaal –, an denen sich die Konflikte zwischen Studentenbewegung und Stadtverwaltung zuspitzten, erzählt Nagel die Heidelberger Protestgeschichte. Sie stützt sich dabei auf einen reichen Quellenfundus, auch, um den lokalen Akteuren die Deutungshoheit über die Heidelberger Ereignisse ein Stück weit zu entziehen. Dennoch lässt auch sie damalige Protagonisten, die ihre Vergangenheit mittlerweile selbstkritisch betrachten, als Zeitzeugen zu Wort kommen. So zum Beispiel Reinhold Zundel, Heidelbergs Oberbürgermeister von 1966 bis 1990. Er ist einer der Hauptakteure ihres ersten Kapitels, das die Auseinandersetzungen um das Demonstrationsrecht in der Heidelberger Hauptstraße verhandelt. Dabei geriet das Stadtoberhaupt ins Zentrum der „Zundelkampagne“ (S. 41). Mit ihr verknüpften die Heidelberger Studenten – wie die Autorin zeigt – überregionale Ereignisse wie den Mord an Benno Ohnesorg oder den Vietnamkrieg, mit einer Kritik am eigenen Oberbürgermeister und dessen Haltung in der Frage des Versammlungsrechts. Durch die Strategie der begrenzten Regelverletzung, mit Hilfe von Happenings und Spaziergangsdemonstrationen forderten sie die Stadtverwaltung heraus und bewegten Zundel schließlich zu einer Kurskorrektur. In den „rechtliche[n] Zweifel[n]“ des Oberbürgermeisters sieht Nagel ein Ergebnis eines durch die Proteste in Gang gesetzten „Freiheitsdiskurses“ (S. 382).

Katja Nagel zeichnet das Bild eines um Verständigung und Dialog bemühten Oberbürgermeisters, eine Situation, die sie mit dem „windgeschützten Heidelberg“ erklärt und abgrenzt von Großstädten wie Berlin, in denen „für die Verantwortlichen längst schon rauhere Zeiten angebrochen waren“ (S. 115). Für die Vermittlung zwischen überregionalen Protestereignissen und dem Geschehen in Heidelberg sowie als Forum der öffentlichen Diskussion spielten auch die beiden Lokalzeitungen, die Rhein-Neckar-Zeitung und das Heidelberger Tageblatt, eine Rolle, wobei erstere kritisch gegenüber den Studenten eingestellt, letztere ihnen eher wohlgesonnen war. Doch auch in Heidelberg spitzte sich, folgt man Nagels Erzählung einer kontinuierlichen Radikalisierung, der Konflikt zwischen Stadtverwaltung und Studenten zu. Im Januar 1968 kam es zur sogenannten „Stadthallenaktion“ des Heidelberger SDS, als dessen Mitglieder eine Kulturveranstaltung des Akademischen Auslandsamts mit Sprechchören

störten. Es war, so Nagel, der „Auftakt“ der „Revolte“ in Heidelberg und das Ergebnis eines „Denkprozesses“ (S. 141), in dem der örtliche SDS umsetzte, was der Berliner SDS vorgedacht hatte. Die juristischen Folgen der „Stadthallenaktion“ sind Thema des Kapitels, das unter dem Titel „Von der Straße in den Gerichtssaal“ die Auseinandersetzungen um die Definition der Grenzen der Rede- und Versammlungsfreiheit rekonstruiert. Die Autorin beschreibt ausführlich die Strategie des SDS, die juristischen Abläufe durch kollektive Selbstanzeigen zu stören. Nach ihrer Interpretation zwangen „die SDS-Aktivisten“, die „sich stets auf ihre Meinungs- und Versammlungsfreiheit beriefen, [...] die Innenminister von Bund und Ländern sowie die Polizeioberberräte und Oberbürgermeister der betroffenen Städte immer wieder aufs Neue, die Grenzen der im Grundgesetz garantierten Bürgerrechte zu überdenken und neu auszutarieren“ (S. 170).

Dennoch kam es zu einer Verurteilung, und im Juni 1970 auch zu einem Verbot des lokalen SDS durch das baden-württembergische Innenministerium. Die Heidelberger Protestakteure waren mit ihren anti-imperialistischen und amerikakritischen Aktionen wie etwa der „Desertionskampagne“ zu einer „Herausforderung“ (S. 227) für die Landespolitik geworden. In einem letzten Kapitel zeichnet Nagel die inneruniversitären Konflikte um den Umgang mit den Protesten um die Frage des politischen Mandats der Studenten und der Universität sowie die Konflikte zwischen Universitätsleitung und Landespolitikern nach. Die Darstellung der Ereignisse schließt Ende 1972 mit dem resignierten Rücktritt des Universitätsrektors Rolf Rendtorff. Dessen „studentenfreundliche Haltung“ (S. 368) war zum Problem geworden, als sich zahlreiche Professoren angesichts der als Einschränkung der Lehrfreiheit empfundenen Störungen ihrer Lehrveranstaltungen von der Universitätsleitung im Stich gelassen sahen. Dass mit diesem Ereignis „1968“ in Heidelberg nicht vorbei war, sondern vielmehr eine Referenz im Umgang der Stadtoberen mit der protestierenden Jugend blieb, zeigt die Autorin in ihrer Schlussbetrachtung. Erneut verweist sie auf den langjährigen Oberbürgermeister Zundel, der sich zu Beginn der 1980er-Jahre weigerte, Strafanträge gegen jugendliche Hausbesetzer zurückzunehmen und dies mit seiner Haltung gegenüber der Protestbewegung 1968 begründete, „damit nicht „der Stärkere oder der Steinewerfer unter dem Mantel seines Fortschritts genau die Freiheit des anderen einschränke“ (S. 384). Zundel behält in Nagels Darstellung das letzte Wort, wenn er die im Kontext der Heidelberger 68er-Proteste geführte Debatte um Meinungs- und Versammlungsfreiheit als „einseitig“ kritisiert, da „politisierte Jungakademiker die Freiheit des Einzelnen zwar lautstark eingefordert hätten, aber nicht bereit gewesen sein, die notwendige Begrenzung der eigenen Freiheit zu akzeptieren“ (S. 384). Indem die Studie über die „Provinz in Bewegung“ mit Zundels Urteil endet, löst Katja Nagel den eingangs formulierten Anspruch ein, die „Protestereignisse als Auslöser von Reflexions- und Selbstverortungsprozessen auf der „Gegenseite“ (S. 25) zu interpretieren. Somit rücken, darin liegt ein erstes Verdienst der Studie, wenig bekannte Akteure sowie die Dynamik einer innerstädtischen Kommunikation über die Legitimation von Protest zwischen Studenten, Universität, Stadtverwaltung, Lokalzeitungen und deren Lesern in den Fokus.

Doch inwieweit ermöglicht die Heidelberger Studie einen Blick auf die 68er-Bewegung über die Stadtgrenzen hinaus? Die Autorin trägt zwar aus den Zeitungs- und Archivquellen einen vielstimmigen Meinungschor zusammen, die Protestbewegung selbst gerät in ihrer Darstellung auch aufgrund sprachlicher Unsicherheiten und Wertungen dagegen holzschnittartig als homogenes Gegenüber der „Angegriffenen“ und „Protestgeschädigten“. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn Begriffe aus der Quellsprache – wie zum Beispiel „SDS-Ideologen“ (S. 131) oder das Diktum vom „Marsch durch die Institutionen“ (S. 19) – unkritisch übernommen und nicht historisiert werden. Indem die Autorin das die 68er-Forschung prägende Hierarchiegefälle zwischen „Provinz“ und „Metropole“, zwischen regional und international nicht problematisiert, sondern reproduziert, wird dem Selbstverständnis der 68er-Bewegung als internationalem Handlungszusammenhang und den innerhalb der Bewegung herrschenden Dynamiken nicht genügend Rechnung getragen. Vielmehr erscheinen die Heidelberger Akteure der Protestbewegung als Adepten von „Vorgaben der internationalen und nationalen Studentenbewegung“ (S. 35). Da die Interaktion und die Dynamik zwischen Akteuren aus unterschiedlichen Universitätsstädten nicht aufgezeigt wird, bleibt der SDS Berlin die Folie für die Einordnung. Die lokalen Handlungsmotive erscheinen nur schwer nachvollziehbar, wenn, wie die Autorin schreibt, der Heidelberger SDS tatsächlich „glaubte [...], den von Dutschke geforderten Übergang zur ‚organisierten Verweigerungsrevolution‘ nun auch in der eigenen Stadt einleiten zu müssen“ (S. 275). Auch deshalb kommt sie zu dem Schluss, die Heidelberger Proteste seien vor allem „Importe“ (S. 377). Das ist schade, denn die Fokussierung auf Stadtverwaltung, Tageszeitungen und Universitätsmitglieder ver-

stellt den Blick auf Fragen zu zwei Heidelberger Entwicklungen, die in der Studie nicht eingehend behandelt werden: Welche Rolle spielte das 1970 in Heidelberg gegründete „Sozialistische Patientenkollektiv“ (SPK) innerhalb der Protestbewegung und in der öffentlichen Diskussion? Welche Wirkung hatte es über Heidelberg hinaus? Und: Welche Rolle spielten Heidelberger Akteure und regionale Faktoren bei der Gründung von Nachfolgeorganisationen, etwa des Kommunistischen Bunds Westdeutschlands (KBW), in der Zerfallsphase der 68er-Bewegung?

Bekommt man bei der Lektüre zuweilen den Eindruck, dass der Heidelberger Protest vor allem ein Katz- und Mausspiel zwischen Protestakteuren auf der einen und Verwaltung, Justiz und Universitätsmitgliedern auf der anderen Seite gewesen sei, so vermittelt ein Bildteil mit zahlreichen Fotografien einen lebhaften Eindruck der „Provinz in Bewegung“. Ergänzt wird die Studie zudem durch eine ausführliche Chronologie. Nagels Studie ist, so das Fazit, weniger in methodischer Hinsicht, sondern vor allem aufgrund der Auswertung zahlreicher unveröffentlichter Quellen ein Beitrag zur 68er-Forschung, der in erster Linie den Blick zeitgenössischer Beobachter, Kommentatoren und politischer Entscheidungsträger auf die 68er-Bewegung rekonstruiert und somit auch einen Einblick in die Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik der 1960er- und 1970er-Jahre gewährt.

Silja Behre, Bielefeld

Zitierempfehlung:

Silja Behre: Rezension von: Katja Nagel, Die Provinz in Bewegung. Studentenunruhen in Heidelberg 1967 bis 1973 (Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. 13), Verlag Regionalkultur, Ubstadt-Weiher/Heidelberg etc. 2009, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 56, 2016, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81734>> [29.4.2016].